



Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# Statistik-Kenntnisse sind wichtiger als spezialisiertes Wirtschaftswissen

In Deutschlands Schulen gibt es nur in Ausnahmefällen, am ehesten in Bayern, Baden-Württemberg und in Niedersachsen, das Thema Wirtschaft als eigenständiges Unterrichtsfach. In Nordrhein-Westfalen läuft seit 2012 ein Schulversuch. Der wurde von der rot-grünen Landesregierung zwar um ein Jahr verlängert; Beobachter aber rechnen damit, dass er beendet werden und ein Fach *Verbraucherbildung* kommen wird. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sind ausdrücklich gegen ein eigenes Fach Wirtschaft (nachdem im Jahr 2000 sich die Arbeitgebervereinigung BDA und der DGB noch dafür ausgesprochen hatten). Ist das nun ein Rückschritt?

Vieles spricht in der Tat für den derzeitigen Standpunkt der Gewerkschaften, dass ökonomische Zusammenhänge mit politischen, sozialen, kulturellen, ökologischen, rechtlichen und ethischen Aspekten zusammen behandelt werden sollten. Und Kenntnisse über Verbraucherrechte und Verbraucherschutz sind in unserer Konsumgesellschaft sicherlich dringender notwendig denn je.

Angesichts der Zahlen und Fakten, mit denen wir überflutet werden, wird jedoch eine grundlegende Methodik immer wichtiger: die Statistik. Obwohl statistische Grundkenntnisse für das Verständnis des eigenen Konsums und der eigenen Gesundheit und von Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft unerlässlich sind, werden sie in den Schulen nicht systematisch gelehrt.

Am ehesten könnten wohl Mathematiklehrer Statistik-Methoden vermitteln; aber *statistical literacy* ist mehr als Mathematik. Es ist das Wissen über statistische Erhebungen und vor allem auch die Fähigkeit zum kritischen Blick auf die Aussagekraft von Statistiken. Denn diese Aussagekraft ist selten vorhanden. Und Schüler sollten lernen, wie sie das beurteilen können.

Um Statistiken beurteilen zu können, braucht man ein Minimum an mathematischem Wissen. So sollte man

zum Beispiel den Unterschied zwischen Prozenten und Prozentpunkten kennen und den Unterschied von arithmetischem Mittel (wie wir es alle in der Schule gelernt haben) und Median (der die obere und untere Hälfte einer Verteilung trennt). Außerdem sollte gelehrt werden, auf welch wackeligen Beinen, nämlich Stichproben, die meisten Statistiken stehen. Es sollte gelehrt werden, dass zum Beispiel auf Basis der üblichen Stichproben Veränderungen der Armutsquoten von einem Prozentpunkt in der Regel nicht signifikant, das heißt aussagekräftig sind. Und deswegen beispielsweise Wahlprognosen für kleine Parteien, die an der Fünf-Prozent-Hürde kratzen, kaum möglich sind. Und wo, wenn nicht im Statistik-Unterricht, erfahren Schüler etwas über Kontrollgruppen beziehungsweise deren Nichtvorhandensein in der realen Welt, was jeder Aussage über den Erfolg einer konjunkturpolitischen Maßnahme den Boden entzieht?

Für alle Lehrer, die Fächer lehren, die sich mit den gegenwärtigen Gesellschaften, deren Wirtschaft und deren Geschichte beschäftigen, sollte gelten, dass sie nicht nur historisch, geographisch, politik- oder sozialwissenschaftlich ausgebildet sind, sondern vor allem auch solide Statistiken beurteilen können. Das ist leider einfacher gesagt als getan, denn in den Universitäten wird insbesondere Statistik-Methodenlehre nicht breit vermittelt, sondern allenfalls zum *Hinausprüfen* Studierender benutzt.

Dass der kritische Umgang mit Statistiken Schülerinnen und Schülern wahrscheinlich sogar Spaß machen würde, zeigt die *Unstatistik* des Monats ([www.harding-center.com/index.php/de/unstatistik-des-monats](http://www.harding-center.com/index.php/de/unstatistik-des-monats)), die vom Harding Center am MPI für Bildungsforschung, dem RWI in Essen und der Universität Dortmund ausgewählt und erläutert wird. Dort kann man zum Beispiel nachlesen, warum Bundespräsident Gauck nicht Recht hatte mit seiner Behauptung, Polen seien fleißiger als Deutsche, warum der *Global Wealth Report* wenig über das Vermögen der Deutschen sagt und warum die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien alles andere als eine *Armutseinwanderung* ist.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
81. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Dr. Kati Schindler  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Prof. Dr. Mechthild Schrooten

#### Textdokumentation

Manfred Schmidt

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74, 77649 Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01806 - 14 00 50 25,  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.